

Die Energiewendepolitik ist gescheitert

[NAEB-Mitglied werden und NAEB-Rundbrief per E-Mail empfangen \[2\]](#)
NAEB 2325 am 28.12.2023

Die Energiewende ist unfinanzierbar und es kann nur begrenzt „grüner“ Strom eingespeist werden.

Das Bundesverfassungsgericht hat der Ampelregierung den Geldhahn zugedreht. Nun müsste gespart werden. Alle behördlichen Ausgaben und Projekte müssten kritisch hinsichtlich Notwendigkeit und Kosten überprüft werden. So würde es jeder vernünftige Mensch machen. Doch die Bundesregierung bleibt bei ihrer ideologischen Linie der Weltklimarettung mit der teuren Energiewende. Sie soll ohne Abstriche weitergeführt werden. Das dafür fehlende Geld sollen nun die Bürger aufbringen. Die CO₂-Steuer auf Treibstoffe und Brennstoffe soll überplanmäßig steigen. Mautgebühren werden verdoppelt und auch für kleinere Lastkraftwagen erhoben. Für die Stromverbraucher steigen die Netzentgelte, weil die Zuschüsse entfallen. Das Heizungsgesetz, das nach Angaben der Leipziger Stadtwerke 45.000 Euro pro Einwohner kostet, also 1 Billion Euro für die ganze BRD, soll gegen jeden Widerstand durchgesetzt werden. Kurz: Statt zu sparen, belastet die Bundesregierung alle Einwohner über ihre Möglichkeiten.

Die BRD wird erpressbar

Die Ampelregierung hat es in zwei Jahren geschafft, die Energiekosten mit der Energiewende weiter in die Höhe zu treiben und gleichzeitig die BRD immer abhängiger von Energieimporten zu machen. Damit wird das Land voll erpressbar, wenn die letzte heimische Energiequelle, die Braunkohle, aufgegeben wird. Die unsichere Energieversorgung und die hohen Energiekosten treiben die Industrie in kostengünstigere Länder und zur Stilllegung von hiesigen Fertigungsstätten. Durch die hohen Energiepreise sinkt die Kaufkraft der Bürger. Damit geht die Inlandsnachfrage zurück. Es gibt kein Wirtschaftswachstum mehr.

Doch die Bundesregierung behauptet weiterhin, die derzeitige Lage sei nur ein Übergang. Mit der kompletten Umstellung auf „grüne“ Energie würden die Preise sinken. Der Strom würde günstiger als der von Kohle- und Kernkraftwerken sein. Dabei kann jeder mit einem Dreisatz ausrechnen, dass „grüner“ Strom viermal teurer ist als Kraftwerkstrom, denn ein Drittel grüner Strom im Netz hat die Stromkosten für die Verbraucher verdoppelt. Das heißt, jede neue Windstromanlage oder Solaranlage treibt den Strompreis weiter in die Höhe und nicht nach unten. Die Regierung scheut keine Falschmeldungen, um die Energiewende noch weiter voranzubringen.



Eine Minderheitsregierung kann erfolgreich sein, während Koalitionen immer scheitern. [1]

Fakepower ist keine Lösung

Die Kosten steigen und ein Blackout kommt näher. Der stets schwankende Strom aus Wind-, Solar- und Biogasanlagen kann kein Netz stabil halten. Dazu bedarf es mindestens 40 Prozent Strom aus regelbaren Kraftwerken. Ausschließlich „grüner“ Strom ist für eine sichere Versorgung eines Landes ungeeignet. Das behauptet aber die Ampelregierung. Es ist eine Täuschung der Bevölkerung. Um das deutlich herauszustellen, wird es immer häufiger und richtigerweise zur Gewohnheit, den „grünen“ Strom als FAKEPOWER (Fake = Täuschung) zu bezeichnen.

Eine Täuschung ist auch die Behauptung, Autos mit Elektroantrieb würden emissionsfrei fahren. Dabei kommt mehr als die Hälfte des Ladestroms aus Kohle-, Gas- und Ölkraftwerken. Zur Herstellung des Autos mit der teuren und schweren Batterie werden viel mehr Kohlenwasserstoffbrennstoffe gebraucht als für ein Auto mit Dieselmotor. Kohlenwasserstoffbrennstoffe werden von einem Elektroauto erst nach etwa sieben Jahren eingespart. Dann ist aber die Batterie erschöpft und muss gegen eine neue ausgetauscht werden, die mit viel Kohlenwasserstoffbrennstoffen gefertigt wurde. Die Batterie macht ein Elektroauto deutlich teurer als ein vergleichbares Auto mit Verbrenner-Motor.

Gefährliche Subventionen

Daher zahlte die Bundesregierung für das angeblich CO₂-emissionsfreie Auto bis zum **17. Dezember 2023** einen Umweltbonus von mehreren tausend Euro. Am 13. Dezember 2023 wurde beschlossen, diese Förderung zu streichen. Damit fällt auch ein wesentlicher Kaufanreiz weg. Käufer wie Hersteller haben Probleme: die Käufer mit den zusätzlichen Kosten und die Hersteller mit Kündigungen von Kaufverträgen und weniger Käufern. Es bauen sich bereits Halden von unverkäuflichen E-Autos auf. Den Herstellern und Käufern wird schmerzlich bewusst: Behördliche Zahlungen beruhen auf politischen Entscheidungen, die jederzeit geändert werden können – und, wie man sieht, auch geändert werden.

Es ist erstaunlich, dass die Wirtschaftsverbände weitgehend hinter der Energiepolitik der Ampelregierung stehen. In öffentlichen Verlautbarungen wird ausgeführt, die Energiewende sei zur Klimarettung notwendig. Die meisten Wirtschaftsvertreter mit ihren gut ausgebildeten Mitarbeitern dürften wissen, dass die Energiewende die BRD und ihre Betriebe zwangsläufig in die Insolvenz führt. Sie schielen wohl auf Kredite der großen Finanzkonzerne wie BlackRock, die nur noch „nachhaltige“ Firmen finanzieren wollen, und auf Fördergelder, um ihre Betriebe bis zum allgemeinen Zusammenbruch noch zu erhalten. Doch die Zahlungen können plötzlich wegbrechen, wie das Beispiel bei den Elektroautos zeigt.

Die Industrie hält still

Es ist unglaublich: Die Energiepolitik führt zum Zusammenbruch von Betrieben, und die Vorstände nehmen es klaglos hin. Wo bleibt der massive Protest der Autobauer gegen das Abwürgen des Dieselmotors? Warum verschweigen die Stromkonzerne, dass Kohlestrom die preiswerteste und sicherste elektrische Energieversorgung ist? Warum verheimlichen die Stahlbosse, dass Wasserstoff zur Stahlherstellung zu teuer ist? Warum tragen die Gewerkschaftsführungen die Fakepower mit, die laufend Arbeitsplätze vernichtet? Warum ignorieren Politiker ausgewiesene Fachleute und hören stattdessen auf behördlich finanzierte „Forscher“?

Endlich Fakten sprechen lassen

Die Menschen müssen endlich wieder mit Fakten und statt mit ideologisch basierten Utopien leben. Fakt ist, dass Energie der Schlüssel zu Wohlstand ist. Bis zur „Energiewende“ hat die BRD eine bezahlbare und sichere Stromversorgung gehabt. Die Energiewende hat die Kosten bis 2019 fast verdreifacht und dann kamen die massiven Steigerungen bedingt durch die CO₂-Abgabe und Primärenergieverteuerung (Kohle und Gas) und treibt sie immer noch höher. Dagegen sollen die plan- und regelbaren Kohlekraftwerke, die sicheren und preiswerten Strom liefern, stillgelegt werden, empfohlen von einer Kommission ohne einen Energiefachmann. Die Fakten sind eindeutig. Eine sichere und planbare Stromversorgung kann, nachdem alle Kernkraftwerke abgeschaltet wurden, am günstigsten mit Kohlekraftwerken erreicht werden. Am günstigsten ist die Verstromung der heimischen Braunkohle und der Steinkohle. Die Rückkehr zu den Fakten muss sofort erfolgen.

Das bedeutet, die Energiewende zu beenden, weil sie auf falschen Voraussetzungen beruht. Statt preiswerter, wird Fakepower immer teurer. Die Versorgungssicherheit wird mit Fakepower keineswegs besser, sondern mit dem Ausbau von Fakepower-Anlagen immer mehr gefährdet. Es droht ein flächendeckender totaler Stromausfall.

Die unerlässlichen Maßnahmen zur Reduktion der Kosten und zur Sicherung der Energieversorgung (Strom, Wärme und Treibstoff) sind in diesen 6 NAEB-Aktionspunkten (Postulate) formuliert:

NAEB-Forderung an die Politik zur Energieversorgung

- 1. Fakepower stoppen (Solarstrom, Windstrom, Biogas), keine Börsenvermarktung, kein EEG
- 2. RU-Energieversorgung wieder herstellen, weiterhin Erdgas- statt Wasserstoffwirtschaft
- 3. Kohle-KW Stopp beenden und KW ausbauen, heimische Förderung (BK- und StK) forcieren/reaktivieren
- 4. CO₂-Abgabe beenden, ETS/nEHS/KTF auflösen - Klima- und Transformationsfonds" (KTF)
- 5. GEG stoppen, statt Wärmepumpenpflicht 3. Wärmeschutzverordnung (1995, Kamin ~ Sicherheit)
- 6. E-Fuels stoppen, Elektromobilität nur für Nahverkehr propagieren

Begriffe: WSV~ Wärmeschutz-Verordnung, KW ~ Kraftwerk, StK ~ Steinkohle, GEG ~ Gebäude Energiegesetz (mit Irrweg Dämmpflicht-Wärmepumpe), ETS Emission Trading System, nEHS nationales Emissionshandels-System

Zukünftig, wenn Existenz gesichert (derzeit kontraproduktiv wegen Verzettlungsgefahr):

- - Kernkraft-Werke
- - Fracking + Horizontal-Drilling Technologie für heimisches Gas

Prof. Dr.-Ing. Hans-Günter Appel
Pressesprecher NAEB e.V. Stromverbraucherschutz

www.NAEB.de und www.NAEB.tv

[1] Bildquelle: StockKosh-Traffic-Images-Traffic-53

[2] <https://www.naeb.info/Beitritt.htm>

Vereinsinformation

Elektrischer Strom ist nach den Personalkosten von Unternehmen ein ebenfalls großer Kostenbestandteil der deutschen Volkswirtschaft. Das EEG-Gesetz zur Einspeisung erneuerbarer Energien hat die direkten und indirekten Stromkosten wesentlich erhöht. Strom aus Windenergie oder Voltaik ins Strom-Netz einzuspeisen, ist physikalisch und wirtschaftlich unsinnig. Die Netzstabilität leidet dramatisch, und eine finanzielle Umverteilung auf Kosten von Stromkunden findet zugunsten der Renditen für Investitionen in Windkraftwerke und Voltaik statt. NAEB e.V. klärt über die per Gesetz geschaffenen Strukturen auf.

Vereinskontakt

Hans-Günter Appel
NAEB Stromverbraucherschutz e.V.
Forststr. 15
14163 Berlin
Fon 05241 70 2908
Fax 05241 70 2909
Hans-Guenter.Appel at NAEB.info
www.NAEB.info

Pressekontakt

Hans Kolpak
NAEB Stromverbraucherschutz e.V.
Forststr. 15
14163 Berlin
Fon 05241 70 2908
Hans.Kolpak at NAEB.info
www.NAEB.tv

